

gen ist die
Handelshof
Vorgänge-
higkeit der
ternehmer-
Gegenständ-
die Haupt-
erstermal
atins, ver-
die reiche
allindustrie
vor allem
ist infolge-
Auch die
von bester
itung auf
schlechten
besucht, vor

0-550 000
n z e l s a u

ch r a n n e
Weizen
(8) 40 000
erl. Dinkel
48 000 M,

en Börsen- und
illigen Berichts-

Calw.
Calw.

ungen
eintreffenden
rf,
nkoks,
kohlen
böhmische
kohlen-
etts
gegen
Bauer,
precher 38.

echten Jungen
Lehrstelle als
offer
t. Da Waife
pflügung Be-
nter M. R. 48
ds. Bl.

altenes
rrad
wie
ougl-
maschine
Holzbrunn.

tz;



Nr. 49

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 120 M., Familienanzeigen 75 M., Reklamen 330 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 28. Februar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 2100 M., monatlich. Postbezugspreis 2100 M. ohne Bestellgeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Rheinlandkommission hat den Beschluß gefaßt, Strafen, die über Deutsche in den besetzten Gebieten verhängt werden, unter Umständen in den Gefängnissen der Ententestaaten abbüßen zu lassen. Das ist ein neuer Akt der Vergewaltigung des deutschen Volkes, der nicht scharf genug betont werden kann.

In England regt sich anscheinend das Parlament ganz gehörig, um die Franzosen von der Gefährlichkeit ihres Gewaltunternehmens zu überzeugen. Bonar Law hat auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt, daß die Kosten für die Besetzung des Ruhrgebiets nicht auf die Besetzungsstaaten angerechnet werden dürfen, wenn nicht alle Alliierten damit einverstanden seien. Sollte ein solches Ansinnen gestellt werden, so werde man die Frage sehr sorgfältig prüfen. (!) Im übrigen wird von offizieller englischer Seite immer wieder der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Amerika doch noch intervenieren werde. Der englische Staatssekretär des Auswärtigen hat erklärt, daß die Reparationsfrage eine internationale Frage sei, also nicht von einzelnen Staaten gelöst werden könne.

Frankreich leidet an der Ruhrkrankheit.

Vor dem Ruhrereinbruch erhielt Frankreich von uns allein an Kohlen jährlich rund zwanzig Millionen, d. h. monatlich rund anderthalb Millionen Tonnen umsonst, was eine Jahresersparnis von etwa zwei Milliarden Franken bedeutet. Seit dem Ruhrabenteuer liefern wir keine Kohlen mehr an Frankreich, d. h. Frankreichs Haushalt wird mit zwei Milliarden mehr belastet oder Frankreich leidet an Kohlenmangel.

Nach der Berechnung des französischen Senators Berenger im französischen Senate überschreiten die französischen Staatsschulden für 1923 den Betrag von 400 Milliarden Franken. Die Einnahmen reichen knapp zur Deckung der Zinsenlast.

Nach dem neuesten Ausweise der Bank von Frankreich ist in der letzten Januarwoche der Notenumlauf um 303, der Vorkursus an den Staat um 500 Millionen Franken gestiegen.

In normalen Zeiten waren 100 Franken gleich 19 Dollar, heute sind 100 Franken nur noch 6 Dollar, d. h. der Frank hat nur noch ein Drittel seines früheren Wertes.

Nach dem „Journal officiel“ wird der Zinsfuß der Bonds der nationalen Verteidigung vom 19. Februar ab um ein halbes Prozent erhöht, d. h. die französische Regierung muß die Verzinsung steigern, um die Staatsanleihen unterzubringen.

Mit einem Worte: die französischen Staatsfinanzen geraten in Unordnung.

Im Dezember vor. Js. kostete in Paris bei der Kohlenverteilungsstelle der Koks 95 Franken, heute, nach dem Ruhrereinbruch, beträgt der Preis zwischen 150 und 200 Franken. Dabei sind die Kohlenlager von Straßburg bereits vollkommen geleert. In ganz Elsaß-Lothringen ist die Kohlenversorgung gefährdet. In Lothringen ist eine große Anzahl von Hochöfen wegen Koksmanngels ausgeblasen worden.

Infolge der Weigerung unseres Eisenbahnpersonals, den französischen Befehlen zu gehorchen, ist die französische Regierung gezwungen, französische Eisenbahner nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Dieses Personal aber versteht die Technik unseres Eisenbahnwesens nicht und ist nicht imstande, irgend einen geregelter Dienst für Frankreich in Gang zu bringen: So ist es den Franzosen in den ganzen vier Wochen der Ruhrbesetzung unter Anwendung brutaler Gewaltmittel nur gelungen, rund 250 Waggons, d. h. etwa 4000 Tonnen Kohle nach Frankreich zu schaffen, statt der bisherigen 1 1/2 Millionen monatlich.

ZusammenföÙe der von französischen Eisenbahnern im Ruhrgebiete geführten Militärlüge sind an der Tagesordnung. Außerdem ist die Stimmung unter den französischen Eisenbahnern schlecht. Bereits 15 von ihnen sind wegen Desertion von Spahis verhaftet worden.

Im Saargebiete streifen sämtliche Bergarbeiter. Der Streik hat bereits zu großen Arbeitseinstellungen in den Stahlwerten von St. Ingbert geführt. Auch in den Norddepartements Frankreichs droht ein Bergarbeiterstreik.

Kurz: Das französische Wirtschaftsleben wird erschüttert.

Gleichzeitig beginnt die immer schamlosere Verhöhnung jedes Rechts- und Menschlichkeitsgefühls seitens der Franzosen bei der Bevölkerung der neutralen Mächte eine Gegenbewegung gegen das Ruhrabenteuer zu entfachen: So hat im schweizerischen Nationalrat der Sozialist Grimm eine die Ruhrbesetzung verurteilende Resolution eingebracht. In Holland wurden in 26 Städten gegen den Ruhrereinbruch Protestversammlungen abgehalten, die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem niederländischen Gewerkschaftsbund einberufen waren. Auch aus Schweden werden ähnliche Protestversammlungen gemeldet.

Zwischen Belgien und Franzosen tauchen betr. die französischen Methoden im Ruhrgebiete Unstimmigkeiten auf, und England hat die französischen Forderungen, die drei nordöstlich durch die englische Zone führenden Hauptlinien unbeschränkt für Truppen-, Munitions- und Verpflegungstransporte nach der Ruhr benutzen zu dürfen, bis jetzt abgelehnt und nur, wie bisher, täglich zwei Militärlüge auf diesen Strecken zugestanden. Der englische Premierminister Bonar Law erklärte am 14. ds. Mts. im Parlamente, er sei von vornherein überzeugt gewesen, Frankreich würde mit der Ruhraktion einen Schritt tun, der unheilvoll sein würde, nicht nur für Deutschland, sondern für Frankreich selbst. Er sei der Ansicht, daß die Lage düster sei.

Alle die gemeldeten Tatsachen beweisen, daß durch den frivolen Einbruch ins Ruhrgebiet die Stellung Frankreichs geschwächt worden ist und täglich mehr geschwächt wird. Unsere Aufgabe ist es, durch unbeugsames, unerschütterliches Festhalten an unserem bisherigen erfolgreichen Widerstande diese Stellung weiter zu untergraben und Frankreich zum Rückzug zu zwingen.

Was uns bevorstehen würde, wenn wir, vom französischen Terror eingeschüchtert, in unserem Widerstande erlahmten und uns unter das französische Joch beugten, dafür wollen wir Franzosen selbst sprechen lassen: Die Zeitung „L'Humanité“ in ihrer Nummer 6891 vom 6. Februar bezeichnet den Einbruch ins Ruhrgebiet als einen Präventivkrieg gegen Deutschland mit dem Zwecke, Deutschland zu schwächen, zu zerstückeln, zu vernichten. Die französische Zeitung „La Victoire“ Nr. 2598 vom 13. Februar erklärt mit zynischer Offenheit „wir wollen Preußen von den beiden Ufern des Rheines vertreiben“ und der schon vorher genannte Senator Henry Berenger schreibt laut der Zeitung „L'Homme Libre“ Nr. 2395 vom 13. Februar: „Jetzt bleiben wir in dem Ruhrgebiete, um unsere Sicherheit gegen ein Volk von 60 Millionen Deutschen zu schützen.“

Das heißt also, wenn Frankreich im Ruhrgebiete Sieger bleibt, ist nicht nur Deutschland, sondern das Deutschum verloren. Deshalb ist die Lösung für uns: Kein Erlahmen im Widerstande gegen den französischen Einbruch!

Die französische Gewaltpolitik.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.
Wiesbaden, 27. Febr. Sämtliche Angestellte und Beamte der hiesigen Banken sind wegen der Verurteilung des Bankdirektors Wolpert von der Diskontogesellschaft in Wiesbaden für den heutigen Tag in einen Proteststreik getreten.

Offenburg, 27. Febr. Der Oberbürgermeister von Offenburg hat die von dem französischen Befehlshaber verlangte Unterstellung der Polizei unter französischen Befehl rundweg abgelehnt.

Essen, 27. Febr. Gestern wurde der Bahnhof Bodelschwing bei Dortmund von den Franzosen besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt. Der Hauptbahnhof Bochum wurde heute morgen für eine halbe Stunde besetzt; mehrere Eisenbahnbeamte wurden festgenommen und fortgeschleppt. Der Bürgermeister von Wetter wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. In Hiddinghausen und Eilschede haben die Franzosen Autokontrollstellen eingerichtet. In Oberhausen-Zinnetrop beschlagnahmten sie heute früh zahlreiche Autos. Das in Essen erscheinende „Ruhrecho“ wurde durch Verordnung des Generals Simon für 8 Tage verboten.

Dortmund, 27. Febr. Der Betrieb auf dem Dortmund-Ems-Kanal ist infolge des Versuchs der Franzosen, eine 10-prozentige Zollabgabe einzutreiben, zum Stillstand gekommen. In das besetzte Gebiet fahrende Röhne werden in Münster zurückgehalten.

Hamm, 27. Febr. Bürgermeister Schäfer, Dr. Havensstein und Dr. Guyenz befinden sich im Männergefängnis in Düsseldorf. Sie sind in Einzelhaft und sollen nach Mitteilungen französischer untergeordneter Organe wie politische Gefangene behandelt werden. Bis jetzt haben sie Gefängnisloft erhalten. Versuche, ihnen Erleichterungen zu verschaffen, sind bisher daran gescheitert, daß die Franzosen die hierfür notwendigen schriftlichen Bescheinigungen nicht ausgestellt haben. Es wird weiter versucht, ihr Los zu erleichtern. Wie sie behandelt werden, geht daraus hervor, daß ihnen kein Licht zur Verfügung gestellt wird.

Berlin, 28. Febr. Nach einer Meldung der „Wossischen Zeitung“ aus Köln haben die Franzosen im Büro der Rheinschiffahrtsgesellschaft u. Co. eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei 12 Millionen M. Reichsunterstützung weggenommen wurden.

Ein weiterer Willkürakt der Rheinlandskommission.

Die über Deutsche verhängten Strafen sollen im feindlichen Ausland verbüßt werden.

Paris, 27. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandskommission unter dem Vorsitz des franz. Oberkommissars Tirard heute eine Ordonnanz über die von den Militärgerichten der Besatzungsbehörde verhängten Gefängnisstrafen angenommen. Künftig wird für die 5 Jahre übersteigenden Strafen der kommandierende General der Besatzungsarmee die Entscheidung treffen können, daß die Strafen anstatt in den deutschen Gefängnissen der besetzten Gebiete in französischen, englischen oder belgischen Gefängnissen abzuhüßen sind.

Beschlagnahme von Lebensmittel und Lohngebern zwecks Druck auf die Arbeiter.

Berlin, 28. Febr. Wie die Blätter aus Essen melden, gehen neuerdings die franz. Truppen zur Beschlagnahme von Lebensmitteln in großem Umfang über. Diese Beschlagnahme, die auf höheren Befehl zurückzuführen sei, soll nach der „Wossischen Zeitung“ ebenso wie die Konfiszierung der Lohngebern offenbar zu dem Zwecke dienen, die Arbeiterschaft müde zu machen. In Wirklichkeit werde durch diese Eingriffe die Erregung der Arbeiterschaft nur gesteigert.

Einberufung belgischer Post- und Eisenbahnbeamten.

Brüssel, 28. Febr. Wie die Agence Belge meldet, hat die belgische Militärbehörde gestern den Beamten der belgischen Staatsbahnen und des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes durch die Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörde Einberufungen zum Dienst in den besetzten Gebieten zugehen lassen.

Besetzung weiterer Orte.

Koblenz, 28. Febr. Zu dem französischen Vormarsch gegen Limburg wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Franzosen von Diez aus bis zur Blockstelle zwischen Friedberg und dem Bahnhof Limburg etwa 600 Meter westlich vom Bahnhof Limburg vorgerückt sind. Die Stadt und die Bahnhofsanlagen sind frei. Dagegen haben die Franzosen den Ort Kirberg südlich von Limburg besetzt und dort die Strecke Limburg-Frankfurt unter ihre Kontrolle gebracht.

Neuwied, 27. Febr. Heute vormittag ist eine Abteilung französischer Kolonialtruppen hier eingetroffen, für die im Stadtteil Heddesdorf Unterkunft gestellt werden mußte.

Bis jetzt 550 Personen im altbesetzten Gebiet ausgewiesen.

Koblenz, 28. Febr. Bis zum 26. Februar waren in dem altbesetzten Gebiet 550 Personen von der Rheinlandskommission ausgewiesen worden.

Erneute Proteste gegen die Willkürmaßnahme der Rheinlandskommission.

Berlin, 28. Febr. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat im Auftrag der Reichsregierung an den Präsidenten der Interalliierten Rheinlandskommission eine Note gerichtet, in der gegen die Wegnahme von Eisenbahnlinien und die Beschlagnahme von rollendem Material in den besetzten rheinischen Gebieten, sowie gegen die Beschlagnahme von Gehalts- und Lohnzahlungen, gegen die Besetzung von Reichsbankstellen, das Verbot von Zeitungen und die Verhaftung und Ausweisung von deutschen Beamten protestiert wird. Die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen, die aus den Maßnahmen der Rheinlandskommission entstehen, die übrigens mit dem Rheinlandsabkommen in Widerspruch stehen, würde nach deutscher Auffassung auf die Kommission fallen.

Bonar Law über die Frage der Uebernahme der Kosten der Besetzung des Ruhrgebiets.

London, 27. Febr. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage, ob Erörterungen stattgefunden hätten mit irgend welchen der Alliierten bezüglich eines Ergänzungsvertrages für den Versailler Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, der die Kontrolle der Eisenbahnen im Rheinland und Ruhrgebiet berühre, erwiderte Bonar Law verneinend. — Auf verschiedene Anfragen erwiderte der Premierminister, daß die Kosten der Besatzungsarmee die Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Uebereinkommen vom 11. März seien diese jedoch auf gewisse festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgend welche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahmen zu bestreiten. Für Maßnahmen, die von der belgischen und französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte ge-

krassen wurden, konnte sogar keine Erhöhung der Ausgaben eintreten. Ein Vorschlag in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden. — Bona fragte, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ruhrgebiets tragen werde, das Reparationskonto oder der französische Steuerzahler. Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzufügen. — Wedgwood fragte, ob diese Antwort bereits der französischen Regierung mitgeteilt worden sei und ob die französische Regierung wisse, daß England diese Haltung einnehme. Bonar Law antwortete: Nein, sie ist nicht mitgeteilt. — Bona fragte: Haben wir irgend welche Garantien, daß sie unsere Reparationsansprüche nicht vermindern wird? Bonar Law antwortete: Nein, keinerlei.

Englische Minister zur Lage.

London, 28. Febr. Staatssekretär Lord Curzon sprach gestern auf einem Klubessen über die auswärtige Politik. Ueber die Forderung der Zurückziehung der britischen Truppen aus fremden Zonen sagte er, es müsse bei der Frage eines allzu eiligen Zurücknehmens englischer Truppen auch die dadurch auf den Weltfrieden ausgeübte Wirkung erwogen werden. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands mit der Regierung der Ansicht sei, daß der militärische Einmarsch in das Ruhrgebiet, ob mit Recht oder Unrecht, auf jeden Fall unflug war. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands der Ansicht sei, daß die Regierung recht getan habe, nicht daran teilzunehmen. Die Lösung der Wiederherstellungsfrage sei nicht Frankreich, England und Italien allein vorbehalten; sie sei eine internationale Frage, an der alle Staaten gleichmäßig interessiert seien.

London, 28. Febr. Im Unterhaus fragte Simon den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millerands gelenkt worden sei, wonach Frankreich nichts zulassen werde, was es von seinem Ziele abbringen könnte, und auf die Erklärung Poincarés, bevor die Schuld beglichen sei. Bonar Law erwiderte, keine von beiden Erklärungen enthalte etwas Neues. Er habe dem, was er schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Der Betrag der Schuld sei wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgesetzt wurde. Simon fragte, ob das die Summe sei, von der Bonar Law erklärt habe, sie könne unmöglich gezahlt werden. Bonar Law erwiderte: Ja wohl.

Kritik in den „höchsten englischen Kreisen“ an der Ruhraktion.

London, 27. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß gestern erstmals wieder seit Beginn des Einmarsches der Franzosen ins Ruhrgebiet in höchsten politischen Kreisen Kritik an der französischen Aktion geübt wurde, und zwar zusammenhängend mit den letzten Zwischenfällen in Bochum, deren mögliche Folgen die von der britischen Regierung bereits empfundenen Besorgnisse noch vermehren.

England hofft immer noch auf Amerika.

Paris, 27. Febr. Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ glaubt mitteilen zu können, daß die englische Regierung immer noch die Hoffnung hege, Amerika werde sich durch eine Intervention an der Lösung der europäischen Krise beteiligen, wenn ihm die Gelegenheit günstig erscheine.

Die englischen Gewerkschaften für die Ruhrarbeiter.

London, 27. Febr. Der allgemeine Rat des Gewerkschafts-kongresses beschloß, der deutschen Gewerkschaftsbewegung 500 Pfund Sterling zu überweisen für den Kampf gegen die „Verflawung der Arbeiter im Ruhrgebiet“. Der Rat beschloß ferner, die ihm angeschlossenen Organisationen zur finanziellen Unterstützung der Ruhrarbeiter aufzufordern.

Ein französisches Dementi.

Paris, 27. Febr. Durch Havas wird offiziell die heute morgen von der „Humanite“ veröffentlichte Meldung des Berliner Korrespondenten dieses Blattes dementiert, wonach es in franz. Regimentern der Besatzungsarmee zu Meutereien gekommen sei, die die Verurteilung von vier Soldaten zum Tode zur Folge gehabt hätten. In dem Dementi wird gesagt, es sei unter den franz. Truppen, deren Stimmung ausgezeichnet sei, kein Fall von Rebellion vorgekommen.

Französische Hehe zum Zweck der Aufrechterhaltung der Rüstungen.

Paris, 27. Febr. Die Kammer hat heute vormittag die Debatte über die neuen Militärergänze fortgesetzt. General Sirhauser sprach für die 18monatige Dienstzeit. Im Zeitpunkt des Waffenstillstands, sagte er, habe man vorausgesehen, daß der Friedensvertrag sowohl die Entwaffnung des Gegners als auch die Bezahlung der Reparationen und schließlich durch die Befehung des linken Rheinufer die französische Sicherheit gewährleistet würde. Was die Entwaffnung anlangt, so habe man keine Gewissheit hierfür, daß diese in Deutschland durchgeführt sei. (Das ist eine unverkürzte Lüge.) Daraus, daß man wisse, wieviel Waffen ausgeliefert oder zerstört worden seien, könne man nicht ersehen, was die deutsche Regierung am 11. November befehlen hätte. Ferner beständen in Deutschland mit Zustimmung der Regierung noch zahlreiche militärische Organisationen. Was die Reparationen anlangt, so habe sie Deutschland nicht bezahlt, sondern von den Geldern, die es einnahm, einen regelrechten Kriegsschatz angehäuft. Man werde im Rheinland stehen bleiben, bis der letzte Heller bezahlt sei, den Frankreich zu bekommen habe. Inzwischen seien nach dem Waffenstillstand neue Tatsachen in die Erscheinung getreten, namentlich der Vertrag von Rapallo, der Frankreich zu denken geben müsse. Deutschland, so fuhr der Redner fort, wisse sehr wohl, daß solange Frankreich das Rheinland besetzt halte, im Falle eines neuen Krieges die Operationen sich nicht auf französischem Gebiet abspielen würden und deshalb verlange es als erste Voraussetzung einer Verständigung die Räumung des Rheinlandes. Uebrigens liege bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge das linke Rheinufer, soweit das

altbekannte Gebiet in Betracht komme, immer noch im Bereich der auf dem rechten Ufer aufgestellten deutschen Kanonen. Wenn es zum Krieg komme, müsse Frankreich sich unverzüglich decken, den Rhein überschreiten und den Kampf auf das rechte Ufer tragen.

Zur auswärtigen Lage.

Neuereische Meldung über türkische Bereitschaft zur Annahme des Lausanner Vertrags.

London, 27. Febr. Neuter erfährt, daß der Vertragsentwurf von Lausanne gestern der Nationalversammlung von Angora vorgelegt worden ist. Wie verlautet, raten die kemalistischen Minister zur Annahme der Bedingungen unter Vorbehalt gewisser Abänderungen, über die sie Vorschläge betreffend weitere Verhandlungen machen werden.

England und das „freie“ Ägypten.

London, 27. Febr. Im Unterhaus fragte ein Mitglied, ob in Anbetracht der zwingenden Notwendigkeit aus Sparbarkeit geplant sei, sämtliche Truppen aus Palästina zurückzuziehen. Bonar Law erklärte, er glaube nicht, daß es in diesem Augenblick praktisch wäre, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Die Frage einer Garnison in Palästina werde erwogen. Die Vorbereitungen für die Zurückziehung eines der zwei Infanteriebataillone würden getroffen und die Stärke eines englischen Kavallerieregiments werde ebenfalls herabgesetzt.

Der Zwischenfall von Smyrna erledigt.

Paris, 27. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel haben der französische und der italienische Oberkommissar den Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel davon in Kenntnis gesetzt, daß ihre Regierungen sich der Erklärung der englischen Regierung, sie werde ein einziges Kriegsschiff im Hafen von Smyrna belassen, anschließen. Der Zwischenfall werde somit als erledigt betrachtet.

Die russischen Kriegsschulden an England.

London, 27. Febr. Seitens der Regierung wurde im Unterhaus auf eine Anfrage Morels mitgeteilt, daß die russische Regierung der britischen Regierung etwa 686 Millionen Pfund Sterling schulde. In diese Summe seien die Privatforderungen nicht eingeschlossen. — Bekanntlich weigert sich die Sowjetregierung, diese Schulden anzuerkennen.

Ein meineidiges Mitglied der Saarländischen Regierung.

Saarbrücken, 26. Febr. In der heutigen Sitzung des Beleidigungsprozesses des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission, Minister Dr. Seltor, gegen den politischen Redakteur Franke von der „Saarbrücker Zeitung“ ließ sich Dr. Seltor auf Grund eines ärztlichen Attestes wegen Krankheit entschuldigen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die am Samstagabend in den Rädlichen Archiven von Saarlouis veranstaltete Untersuchung das von Dr. Seltor in Abrede gestellte eigenhändige Schreiben mit Unterschriften zutage gefördert habe. Das Schreiben ist in den Händen des Verteidigers. Der Verteidiger Dr. Seltors legte darauf die Verteidigung des Ministers nieder. Der Oberstaatsanwalt beantragte Vertagung, wogegen der Verteidiger des angeklagten Redakteurs Protest erhob und beantragte 1. Verhaftung des Ministers wegen Meineids und Fluchtverdachts; 2. Beschlagnahme der Privatkorrespondenz Dr. Seltors in seiner Wohnung, da der Verdacht vorliegt, daß noch weiteres belastendes Material gefunden werden könne. Nach anderthalbstündiger Beratung wurde folgender Beschluß verkündet: 1. Der Antrag auf Durchsuchung der Wohnung Seltors wird abgelehnt, da Dr. Seltor im Hinblick auf die Bestimmungen des Verlailler Vertrags und des Saarlautats in Exterritorialität als Minister ist. 2. Da dem Nebenkläger nach den Bestimmungen der Prozeßordnung das Wort zu einem Schlusswort erteilt werden muß, ist seine Anwesenheit unentbehrlich bei der Weiterberatung. Er soll deshalb durch einen beamteten Arzt in seiner Wohnung untersucht werden, um festzustellen, ob sein Erscheinen vor Gericht unmöglich ist. Der Minister hätte als Mitglied der Regierungskommission an sich keine Verpflichtung gehabt, vor Gericht zu erscheinen; aber er habe durch sein Erscheinen am Samstag zu erkennen gegeben, daß er auf dieses Recht verzichtet, und er muß nun wie jeder andere erscheinen. Die Weiterberatung wurde darauf auf Mittwoch vertagt. — Solche Kreaturen, die zu jeder Gemeinheit fähig sind, werden von den Franzosen für ihre Zwecke benötigt.

Deutschland.

Der Reichsrat für die Schaffung eines Devisenfonds von 50 Millionen Dollars.

Berlin, 27. Febr. Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds angenommen. Der Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, 50 Millionen Dollar durch die Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig zu machen. Der Devisenfonds soll zur Stärkung der Währung verwendet werden. Der Fonds soll von einer besonderen Stelle verwaltet werden. Infolgedessen sollen die Ausgaben und Einnahmen nicht den Etat durchlaufen. Es ist aber vorgesehen, daß über den Bestand und die Verwendung der Mittel des Fonds dem Rechnungshof des Deutschen Reichs Rechnung abgelegt wird.

Abbau der Gütertarife?

Berlin, 28. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ beschäftigte sich die Reichsregierung gestern in einer Kabinettsitzung mit den Tarifen bei der Reichsbahn und mit den Kohlenpreisen. Im Gegenatz zu der Erhöhung der Personentarie der Reichsbahn am 1. März um 100 Prozent ist, wie die Blätter erfahren, eine Erhöhung der Gütertarife zum 1. März nicht geplant. Man prüfe vielmehr innerhalb der Reichsregierung die Frage, inwieweit man einen Abbau der Eisenbahntarife vornehmen könne, ohne die Rentabilität des Eisenbahnbetriebs in Frage zu stellen.

Ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Berlin, 27. Febr. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat die deutsch-nationale Fraktion gestern im Reichstag die Aufhebung der Artikel 2 bis 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragt. Artikel 1, der Strafschriften gegen die Mörderzentralen enthält, soll unberührt bleiben.

„Die Zahl, die kein Deutscher je vergessen darf!“

Die Leistungen und Verluste des deutschen Staates ohne die der Deutschen Volkswirtschaft auf Grund des Verlailler Vertrags betragen bis 30. September 1922: 56,5 Milliarden Goldmark = 282 500 Milliarden oder 282 1/2 Billionen Papiermark bei einem Dollarstande von 20 000.

Bermischtes.

Eine Milliarde deutscher Liquidationsgelder unterschlagen.

Berlin, 27. Febr. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Frankfurt wurde der Straßburger Sequestor für das deutsche Eigentum verhaftet. Die gegen ihn eingeleitete Untersuchung ergab bereits, daß von der Gesamtsumme der Liquidationsgelder aus dem deutschen Eigentum in Höhe von etwa 1300 Millionen Franken nur etwa 300 Millionen an den franz. Staat abgeführt wurden. Es scheinen Unterschlagungen von ungeheurer Größe vorgekommen zu sein. Die Angelegenheit hat für Deutschland deshalb besonderes Interesse, weil nach dem Verlailler Vertrag Liquidationsgelder auf die Reparationsleistungen angerechnet werden.

Entdeckung einer zerstückelten Leiche.

Berlin, 27. Febr. Gestern abend wurde am Mühlendamm aus dem Wasser der Rumpf einer weiblichen Leiche geborgen, Kopf, Arme und Beine fehlten. Er war zunächst in eine gemusterte Chaiselonguedede und dann in einen Frauenrock, endlich in eine bräunliche Portiere eingewickelt. Das ganze Paket war umschnürt und an den Ecken mit Sicherheitsnadeln zusammengesteckt. Anscheinend handelt es sich um ein Verbrechen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Februar 1923.

Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Vom 1. März 1923 ab berechnet sich die gesetzliche Miete in folgender Weise: Die Grundmiete beträgt wie bisher regelmäßig: in großen Städten 85 v. H., in mittleren Städten 88 v. H., in anderen Gemeinden 92 v. H. der Friedensmiete. Der Zuschlag für Hypothekenzinssteigerung beträgt, wenn das Mietvertragsamt ihn nicht im Einzelfall höher festsetzt, 40 v. H. der Grundmiete. Der Hundertsatz für Verwaltungskosten beträgt bei monatlicher Zahlung in großen Städten 600 v. H., in mittleren 560 v. H., in andern Gemeinden 500 v. H. der Grundmiete. Für alle übrigen Betriebskosten setzt die Gemeindebehörde die Hundertsätze fest, sofern sie nicht das Umlageverfahren anordnet. Die Hundertsätze für laufende und große Instandsetzungsarbeiten betragen, sofern sie nicht von der Gemeindebehörde höher festgesetzt werden, bei monatlicher Zahlung je 3000 v. H. der Grundmiete. Hundertsatz für Untermiete wie bisher 50 v. H. der Grundmiete. Bezüglich der Zuschläge für gewerbliche Betriebe bleibt es dabei, daß sie durch die Gemeinden festzusetzen sind.

Ermäßigungen beim Steuerabzug.

Mit Rücksicht auf die Steigerung der Löhne und die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist bei der in diesen Tagen vorgenommenen Neuregelung des Lohnabzugs, die am 1. März in Kraft tritt, vorgeesehen worden, daß im Monat Februar für die letzten sechs vollen Arbeitstage ein Steuerabzug unterbleiben soll. Als volle Arbeitstage gelten die Tage, an denen der Arbeitnehmer während der nach dem Tarifvertrag oder den sonstigen Vereinbarungen bestimmten Zeitdauer arbeitet. Ist hiernach nichts anderes bestimmt, so bleibt der Arbeitslohn, der auf 48 Arbeitsstunden entfällt, vom Steuerabzug frei. Daher findet grundsätzlich ein Steuerabzug vom Arbeitslohn, der für die am 22., 23., 24., 26., 27. und 28. Februar 1923 geleistete Arbeit gezahlt wird, nicht statt. Erfolgt die Lohnzahlung nach Lohnwochen, so ist der Steuerabzug von dem Arbeitslohn nicht vorzunehmen, der auf die letzte im Monat Februar beginnende Lohnwoche entfällt. Bei monatlicher Entlohnung bleibt ein Viertel des nächsten zur Auszahlung gelangenden Monatslohns, bei vierteljährlicher Entlohnung ein Zwölftel des nächsten zur Auszahlung gelangenden Vierteljahrslohns vom Steuerabzug frei. Das Nähere ist demnächst bei den Finanzämtern zu erfahren.

Außerdem sind vom 1. März 1923 ab die beim Steuerabzug zu berücksichtigenden Ermäßigungen gegenüber den jetzt geltenden Sätzen vervierfacht worden. Daher betragen die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau von diesem Zeitpunkt ab monatlich je 800 M., für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitsentkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitsentkommen 4000 M. monatlich und zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge ebenfalls 4000 M. monatlich. Im übrigen — abgesehen von diesen ziffermäßigen Änderungen — ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Enttragungen, die von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbuch hinsichtlich der Zahl der bei dem einzelnen Arbeitnehmer zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden.

Den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und den Finanzämtern geht ein Merkblatt zu, aus dem alles für den Steuerabzug Wesentliche entnommen werden kann.

Familienabend des Ev. Volksbundes.

Der Weißische Saal war Dreiviertelstunden vor Beginn so gefüllt, wie nur überhaupt ein Saal voll sein kann. Eigentlich sollten die Gäste des Abends behaglich an Tischen sitzen. Doch wurden die Tische am Sonntag früh in weiser Voraussicht durch freiwillige Kräfte entfernt. Trotzdem war der Saal viel zu klein. Wir freuen uns über die Teilnahme unserer Gemeinde. Doch war es schmerzhaft, machtlos zusehen zu müssen, wie mindestens ebensoviele Gemeindeglieder, als da waren, wieder abziehen mußten. Sie sollen aber nicht zu kurz kommen. (Anzeige wird erscheinen.) Der Abend war als Familienabend ausgeführt. Es ist für unsere Gemeinden nicht leicht, mit dieser Form kirchlicher Arbeit sich zu befassen. Daß Christen nicht bloß beim Gottesdienst sich versammeln, ist in der ev. Kirche etwas Neues. Umso erfreulicher war die Aufnahme des Abends in unserer Gemeinde. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Stadtpfarrer Lang, der den ganzen Abend leitete, über „Die Aufgaben des Ev. Volksbundes“. Die Gäste des Abends sind besonders dankbar für die Anschaulichkeit und die schlichte Form des Vortrags. Wärsers Bild von der Kirche der Zukunft wurde in leuchtenden Farben gezeigt: Neben und in der offiziellen Kirche eine Arbeitsgemeinschaft der lebendigen Gemeindeglieder. Der Volksbund will mitarbeiten, diese Kirche der Zukunft zu verwirklichen. Seine erste Aufgabe ist, in den Gemeinden wirkliche Gemeinschaft zu gründen. Dazu gehören auch Familienabende. — Wärscher ist die Arbeit, die in schöner Vereinigung von Liebesdiensten und Seelsorge die Gemeinschaft mit denen bejaht, die Not leiden: Singen an Krankenbetten, Hilfe im Haushalt und Kinderhüten, Abende für Alte und dieses Andere. Es ist für einen verbitterten Menschen oft ein überwältigendes Erlebnis, wenn er entdeckt, daß es eine Gemeinschaft der Christen gibt, die Liebe übt. Der Volksbund soll die zerplitterten Kräfte der ev. Arbeit zusammenfassen. Seine zweite Aufgabe ist Wächterdienst nach außen und innen. Dazu gehört die Pressearbeit. Hier wurde auch für die freundliche Aufnahme unserer kirchlichen Berichte im „Calwer Tagblatt“ gedankt. Wächterdienst ist die Verteidigung des Glaubens gegen feindliche Mächte, der Kampf mit der Kirchenaustrittsbewegung, der Aufruf an die einzelnen Christen zur Bekenntnisbereitschaft, wo es nötig ist. Nicht Anrufen der Staatsgewalt, sondern missionarisches Werben ist die Waffe des Wärsers. In anderen Fällen freilich fordert die Liebe zum Volk den Appell an die gesetzgebenden Gewalten, wie im Kampf gegen Schund und Schmutz. Wächterdienst nach innen besteht im Neuaufbau christlicher Volksstellen und in der christlich-sozialen Arbeit. Der Volksbund sendet den Mobilisationsbefehl an alle bewußten Christen. Mangel an raschen Erfolgen darf nicht zur Rechtfertigung der Faulheit führen. Wer bei kirchlicher Arbeit sofort nach Statistiken schreit, beweist nur seinen Unverstand. Die Offiziere des Volksbundes sind die Vertrauensleute, die zugleich die Verbindung von Pfarre und Gemeinde stärken sollen. — Aber birgt nicht die Volksbundarbeit Gefahren in sich? Bedeutet sie nicht ein Zurücktreten der zentralen Aufgaben des Gemeindelebens, eine Absenkung vom Innersten auf einen äußeren Betrieb? Die Gefahr ist da. Es ist die Gefahr, die jeder Organisation in der Kirche droht. Aber es wäre verhängnisvoll, deshalb die Hände in den Schoß zu legen. Die Gemeinschaft des Glaubens braucht die Gemeinschaft der Werke.

Die anderen Darbietungen gaben dem Abend den Charakter des Familären, Vertraulichen, den er haben sollte. Der Volksbundchor sang einige Lieber unter Leitung von Herrn Rechtsanwält R. Heinswald, der auch sonst als Musikfachmann des Volksbundes reiche Aufgaben hatte. Frau Amtsgerichtsrat Hübner hatte eine Kinderaufführung eingeübt: Die Jahreszeiten streiten sich um den Vortritt und der kalte Winter trägt den Sieg davon, weil er den Christtag bringt. Ein schlichtes, schönes Spiel — warm und herzlich aufgeführt. — Mit großer Spannung wurden die lebenden Bilder erwartet, die biblisches und deutsches Familienleben in prächtvoller Anschaulichkeit zeigten.

Vielleicht ist manchem der Sinn dafür gekommen, was reine und eines Christen würdige Kunst ist nach Luthers Wort: Ich wollte alle Künste gerne sehen in Dienste dessen, der sie geschaffen hat. Jakob und Rahel, Ruth und Naomi — wie schön war es, die vertrauten Geschichten einmal im Bild zu sehen. Ein wunderfeines Kinderbildchen, ein Taufzug, eine Kinderstube führten in deutsches Familienleben ein. Der Schluß war die Krone: Die Mutter am Bettchen ihres Kindes — Englein stehen wachend zur Seite — und die Klänge des alten Kinderabendslieds: Breit aus die Flügel beide! — stimmen die Herzen auf den innigen Frieden des Bildes. Die Vorbereitung der Bilder war sehr mühevoll. Heinzelmännchen, die keinen Namen haben wollen, leisteten die Arbeit. Der Abend war zugleich der Ruhrhilfe gewidmet. Dekan Zeller gedachte mit mannhaften Worten des Abwehrkampfes an der Ruhr und forderte die entschlossene Hilfe der deutschen Christen mit Tat und Fürbitte. Das Opfer betrug denn auch nicht weniger als 67 000 M. G.

(ECB) Eutingen, 27. Febr. Der Bauer Klink von hier wollte zum erstenmal seinen Schleifstein, der elektrischen Antrieb hat, benützen. Plötzlich zerbrach der Schleifstein in mehrere Stücke und ein Stück traf Klink so unglücklich an den Kopf, daß er sofort tot umsank. Ein Sohn Klinks, der neben seinem Vater stand, wurde ebenfalls von einem Steinstück am Fuß schwer verwundet. Der Verstorbene, der den Krieg von Anfang bis Ende mitgemacht hatte, hinterläßt eine Witwe mit 5 Kindern.

(ECB) Korntal, 27. Febr. Auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise brach am Samstag in der Scheuer der großen Rettungsanstalt ein Brand aus. Der Dachstuhl ist vollständig ausgebrannt. Die sämtlichen Vorräte an Stroh, ein großer Teil des Heus und wertvolle landw. Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu danken, daß der Stall und die Nebengebäude gerettet wurden.

(ECB) Stuttgart, 27. Febr. Am Dienstag vormittag konnte ein aus drei Wagen bestehender Materialzug, der die Notebühlstraße hinabfuhr, nicht gebremst werden, so daß er in Schutz kam und die Räder auf den feuchten Schienen weiterrutschen, als die Stromabnahmestange herausgesprungen war. Der Zug holte in rasender Geschwindigkeit einen ebenfalls abwärtsfahrenden Motorpersonenzug ein und stieß auf diesen auf. Der Materialzug und der Personenzug fuhren nach kurzer Zeit auf einen weiter unten fahrenden Personenzug mit Anhängewagen auf. Die Insassen dieses Personenzuges konnten noch rechtzeitig abspringen. Die abwärtskommenden, nunmehr aneinanderhängenden Straßenbahnwagen stießen dann bei der Kreuzung auf einen Rangierzug auf, worauf sämtliche Straßenbahnwagen zum Stehen kamen. Eine 27jährige Frau wollte aus dem ersten Motorwagen abspringen, kam aber zu Fall und erlitt am Kopfe schwere, jedoch vorerst nicht lebensgefährliche Verletzungen. Außerdem wurde ein 32jähriger Mann zur Seite geschleudert und am Hinterkopfe verletzt. Die Wagenführer und sonstigen Straßenbahnangestellten erlitten zum Teil ebenfalls Verletzungen, die jedoch leichterer Art sind. Die Straßenbahnwagen sind durchweg sehr stark beschädigt. Der Materialschaden ist sehr groß. Ueber die Schuldfrage ist eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

(ECB) Stuttgart, 27. Febr. Am Sonntag abend verlor eine Dame auf dem Weg vom Landestheater zum Hotel Marquardt eine Perlschleife mit 98 Perlen, 3 Brillanten und goldenem Sicherheitsketten. Es kann auch Diebstahl in Frage kommen.

(ECB) Stuttgart, 27. Febr. Um den täglichen Mehraufwand von rund 7 Millionen Mark zu decken, hat die Direktion der Straßenbahn die Abonnementspreise für

Monatskarten auf 10—28 000 M. erhöht. Die Verwaltung behält sich für den Fall einer weiteren Steigerung der Betriebskosten die Forderung einer Nachzahlung vor.

(ECB) Stuttgart, 27. Febr. Staatspräsident Kuhlminister Dr. Hieber hat dem langjährigen früheren Ministerpräsidenten und Kultminister Erzengel Dr. Freiherrn von Weizsäcker zum 70. Geburtstag seinen persönlichen Glückwunsch ausgesprochen.

(ECB) Jagstfeld, 27. Febr. Die am vergangenen Sonntag stattgefundene ordentliche Generalversammlung der Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft beschloß einstimmig die sofortige Ausführung des bereits vorbereiteten Lagerhausbaus Mödmühl. Nach eingehender Beratung und ausgiebiger Aussprache wurde zur Dedung der Baukosten und zur Verstärkung der Betriebsmittel die Aufnahme einer Anleihe bis zu 3000 Doppelzentner Weizenwert einstimmig angenommen. Die Anleihe wird ausgegeben in auf den Namen lautenden Schuldverschreibungen über 50 und 100 Kg. Weizenwert, verzinslich zu 5 und 10 Kg. Weizenwert (10 Proz.) und rückzahlbar in 15 Jahresraten. Der Wert der fälligen Zinsentilgungsraten im Weizenwert wird entsprechend dem Durchschnittspreis der Stuttgarter Landesproduktenbörse berechnet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollarkurs stand gestern auf 22 756 M., der Schweizer Franken auf 4235 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(ECB) Stuttgart, 26. Febr. Die Tendenz des amtlichen Berichts war behauptet, doch gaben verschiedene Werte nach. Bankaktien lagen schwächer: Württ. Hypothekbank — 501 Prozent (3000), Notenbank — 5000 Proz. (2000), Vereinsbank — 500 Proz. (7000); Brauereien nicht ganz einheitlich: Eßlingen — 500 Proz. (6000), Kettenmeyer-Tivoli + 1000 Proz. (17 000), Hohenz. + 2000 Proz. (19 000), Wulle + 500 Proz. (9000). Textilwerte geteilt: Hammgarn Völkheim — 4000 Prozent, (46 000), Kolb u. Schüle + 1000 Proz. (22 000), Eßlingen + 100 Proz. (40 000). Metallwerte fest: Feinmeh. Tuttlingen + 10 000 Proz. (120 000). Maschinenwerte behauptet: Eßlingen + 1700 Proz. (18 700). Die sonstigen Werte behauptet: Salz Heilbronn — 5000 Proz. (65 000), Stuttgart. Wädmühle + 2000 Proz. (42 000), Württ. Leinen — 3000 Proz. (47 000), Ziegel Ludwigsb. + 5000 Proz. (30 000). Der Fremdeverkehr war bei ruhigem Geschäft uneinheitlich.

Mehlpreis.

Die Südb. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Nr. 0 auf 195 000 M. für den Doppelzentner ermäßigt.

Märkte.

(ECB) Heilbronn, 27. Febr. Dem Pferdemarkt waren etwa 310 Pferde zugeführt, meist solche schweren Schlags. Man hörte Preise bis zu 20 Millionen Mark für ein Pferd, 10 bis 33,5 Millionen für ein Paar, 2—4 Mill. für Ponys.

(ECB) Balingen, 27. Febr. Dem Schweinemarkt waren 164 Ferkel zugeführt. Sie wurden bei sehr flauem Handel zum Preise von 70—95 000 M. pro Stück verkauft. In Aalen wurden für Milchschweine pro Paar 140 000 bis 200 000 M. bezahlt, in Tuttlingen für ein Milchschwein 80—140 000 M.

(ECB) Ravensburg, 27. Febr. Auf der Schranne notierten je der Doppelzentner: Weizen durchschnittlich 134 300, Dinkel 103 700, Roggen: 80 500, Gerste 96 500, alter

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der K. C. Schöcher'schen Buchdruckerei, Calw.

13)

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Klaudine nahm unwillkürlich die kühl ablehnende Haltung an, die ihr am Hofe Schild und Panzer gewesen war. — Baron Lothar war nach Deutschland zurückgekehrt, und das kleine, eigenständige Mädchen da war sein Kind.

„Will haben!“ wiederholte die Kleine in ihrer Geschrei hinein und zeigte nach den Blumen.

Baron Lothar drohte ihr ernst mit dem Finger, worauf sie schen verstummt. Eine jähe Glut war in sein bärziges Gesicht geschossen, und aus seinen Augen fuhr ein Blick über die ernst-rühige Erscheinung der ehemaligen Hofdame. Nichtsdestoweniger vorbeugte er sich tief und zitterlich vor ihr.

„Kind,“ sagte er spöttisch lächelnd zu der Kleinen, während er ihr mit seinem Taschentuch die Tränen von dem hageren Gesichtchen wischte, „wer wird Blumen begehren, die andere pflücken! Und weißt du nicht, daß Frauenhand da am liebsten verweigert, wo gewünscht wird?“

Klaudine sah ihm, diesem verzogenen, vergötterten Liebhaber aller Damen, mit ungläubigem Erschauern in das Gesicht; aber sie blieb seiner scharfen Bemerkung gegenüber vollkommen unbefangen. „Durch mich soll das Kindchen da diese erste schlimme Erfahrung gewiß nicht machen,“ entgegnete sie sanft gelassen. „Auch habe ich kaum ein Recht an diese Blumen — sie sind auf Ihrer Weise gewachsen... Erlauben Sie jetzt —?“ wandte sie sich an die Trägerin des kleinen Mädchens.

Baron Lothar drehte sich rasch um und stierte die statliche Dame mit einem zornig erstaunten Blicke. „Jetzt?“ wiederholte er. „Wie?“

„Ich fürchtete, Leonte möchte die Blumen in den Mund stecken,“ antwortete die Dame stöckend. Verlegenheit und Aerger stritten in ihrer Stimme.

Er verzog die Lippen in verletzender Geringschätzung. „Und die Wiesenblumen, die unbarmherzig gerupft dort massenhaft

neben dem Kinderwagen und auf seinen Dedeln liegen, wer hat ihr die gegeben, Frau von Berg?“

Die Dame schwieg und wandte den Kopf.

Klaudine beicte sich, dem Kinde den Strauß hinzureichen, denn die Szene wurde peinlich. In demselben Augenblick waren aber auch die zwei kleinen Fäuste dabei, die armen, gelben Dinger in Atome zu zerzupfen. Klaudine mußte unwillkürlich an die Mutter des Kindes, die Prinzessin Katharina, denken, von der man sich erzählte, daß sie in der ersten Zeit ihrer verzwiegenen Liebe alle vielblättrigen Blumen mit leidenschaftlicher Angst bei dem gemurmerten „Er liebt mich und so weiter“ zerzupft habe — die schönste Rose am Stiel, selbst die Blüten im Treibhaus sollen vor ihr nicht sicher gewesen sein.

Baron Lothar dachte vielleicht Aehnliches. Er sah mit gerunzelten Brauen auf die kleinen Vandalenhande und zuckte die Achseln. „Ich möchte Sie übrigens bitten, die Kleine wieder in gestreckte Lage zu bringen,“ sagte er zu Frau von Berg. „Sie sitzt jedenfalls schon zu lange und ist ermüdet — man sieht es an der Krümmung des Rückens.“

Die Dame rauhste mit zurückgeworfenem Kopfe nach dem Kinderwagen, während sich Klaudine verabschiedend vor dem Herrn des Hauses neigte; allein er blieb an ihrer Seite. Beim Umbiegen um die Hausecke kam ihnen ein lechter Zugwind entgegen; er erregte ein leises Blätterrauschen in den Lindenkrone über ihnen.

„Wie es geheimnisvoll raunt da oben!“ sagte Baron Lothar. „Wissen Sie auch, von was die alten Bäume flüstern? Von den Montechi und Capuletti des Rautmentales.“

Die junge Dame lächelte kalt. „Im Mädcheninstitut befindet man sich selten auf den Familienwäldern,“ entgegnete sie gelassen. „Man hat sich gern und fragt nicht, ob man auch darf; und wenn ich heute den von den Weinen gemiedenen Boden betrete, so gilt es eben auch nur der Pensionschwester. Ich war schon einmal während meiner letzten Institutsferien in Neuhäus — die alten, schönen Bäume kennen mich.“

Er vorbeugte sich lächelnd und ging weiter, und sie betrat

ber Hausflur. Sie brauchte nicht nach Beate zu fragen; hinter der nächsten Tür, die zu einem nach der Hofseite liegenden Gelaß führen mochte, klang in energischer Weise die gebieterische Stimme der Pensionschwester.

„Ach, sperre dich nicht, kindliches Ding!“ schalt sie drin. „Ich habe keine Zeit zu verträbeln — die Hand her!“ Eine momentane Pause. „Sieh, sieh, wie schön die Schnittwunde heilt! Nun können wir auch den Näßfaden wieder herausziehen!“ Der leise Aufschrei einer jugendlichen Stimme erfolgte, dann war es still.

Klaudine öffnete geräuschlos die Tür. Dider Plättbunst quoll ihr entgegen. An einer Tafel standen drei weibliche Personen und blickten im Schweiß ihres Angesichts, während Beate am Fenster einer jungen Magd die Binde wieder um die verletzte Hand wickelte.

Sie sah die Eingetretene nicht, wohl aber fuhr ihr scharfer Blick sofort von der geknüpften Verbandsschleife über den Plättbunst hin. „Duise, Naseweis, was machst du denn da?“ rief sie mit mißtrauischem Augenblinzeln. „Herrgott, meine allerbeste Kragegarntur unter den unglücklichen Fäusten! Hör mal, das ist mehr als dreißt von solch einem Kleindiewelk, wie du bist!“ Sie nahm dem Mädchen die Stiderei weg, besprengte sie mit Wasser und rollte sie zusammen. „Ich werde das Unheil später selbst gutmachen,“ sagte sie zu den anderen, auf das kleine Bündel deutend; dabei ging sie nach der Tür und stand überrascht vor Klaudine; und das war wirkliche, herzliche Freude, die sich plötzlich verklärend über ihre strengen Züge verbreitete. „Heißes Wasser in die Kaffeemaschine!“ befahl sie kurz und bündig in die Plättstube zurück, legte ihren Arm um die Schultern der jungen Dame und führte sie in die Wohnstube, in das schöne, weite Wohnzimmer mit seinen tiefgebräunten, altmodischen Mahagonimöbeln, seinen weißen, tannenen Dielen und den hierlich gefüllten Vorhangbogen. So hatte die Stube schon ausgesehen, ehe noch Lothar und Beate geboren, schon zur Zeit, da noch das Erbspinnrad mit dem „stinkenden Woddenb“ am Fenster geschnurrt.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilung des Vereins Württ. Zeitungsverleger. An die Leser der württemberg. Zeitungen.

Während durch eine gewisse Befestigung des Markwertes eine verbilligte, wenigstens aber sich gleichbleibende Preisbildung den vom Valutastande abhängigen Erzeugnisse zu gelingen scheint, muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Vermehrung aller Unkosten, die mit der Herstellung einer Zeitung zusammenhängen, in einem Maße fortschreitet, daß weitere Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht vermieden werden können. Das Druckpapier, das im Januar 560 Mark kostete, stieg am 1. Februar auf 1170 Mk. für jedes Kilo. Auf diesen Satz waren die Februarpreise bei den Zeitungen eingestellt. Aber schon am 15. Februar erfolgte beim Papier eine weitere Preissteigerung um 270, also auf 1440 Mk. und ab 1. März stehen wiederum erheblich höhere Papierpreise bevor. Auch die Löhne und Gehälter erfuhren bereits in der zweiten Februarhälfte Aufschläge, wie sie in gleichen Sätzen noch nie wirksam wurden. Andere Verteuerungsercheinungen z. B. bei Kraft- und Lichtverbrauch, Fernsprechgebühren und Portosätzen, Frachten und Versandunkosten, insbesondere bei den Kohlen, kamen keineswegs zum Stillstand. Die Zeitungsverlage sind in der unglücklichen Lage, in bevorzugtem Maße gerade auf alles angewiesen zu sein, was am teuersten geworden ist, wozu an erster Stelle auch das Holz zu zählen ist.

Angeichts dieses verzweiflungsvollen Zustandes werden die Zeitungsleser Württembergs es verstehen und würdigen, wenn den Zeitungsverlegern keine andere Wahl bleibt, als durch neue Preisfestsetzungen Deckung für die bereits entstandenen und hinzukommenden großen Neulasten zu suchen. Die veränderten Bezugs- und Anzeigenpreise wurden unter Anwendung weitgehendster Mäßigung aufgestellt; es sind die geringsten Sätze, die zur Erhaltung der Lebensmöglichkeit unserer heimatischen Presse als notwendig erkannt werden mußten.

Stuttgart, den 27. Februar 1923.

Verein Württembergischer Zeitungsverleger.

Den niedrigsten Bezugspreis, den wir in Anbetracht der weiterhin so erheblich verschlimmerten Lage des Zeitungswezens für den Monat März feststellen konnten, mußten wir mit Mark 2 100 bemessen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Amtsgericht Calw.

Handelsregistereinträge: 1. am 24. Februar 1923: die Firma Alfred Pfeiffer, Baumaterialien in Calw, Inhaber: Alfred Pfeiffer, Kaufmann in Calw.

2. am 28. Februar 1923 bei der Firma Hengstenberg & Co in Hirsau: An Stelle des verstorbenen Gesellschafters Heinrich Hengstenberg sind in die Gesellschaft eingetreten die Witwe Auguste, geb. Kolshaus und die Kinder Lydia Hengstenberg, Martha Hengstenberg, und Theodor Hengstenberg, sämtliche in Hirsau, die Alle von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Der Martha Hengstenberg in Hirsau ist Prokura erteilt.

Bereinsregistereintrag am 28. Februar 1923: Bezirksbeamtenbund Calw in Calw. Sitzung vom 16. Febr. 1923. Vorstand: Julius Gös, Oberamtmann in Calw.

R. V.

Morgen Donnerstag
Zusammenkunft
im „Bürgerstübli“.

Einen deutschen
Schäferhund

7/8jährig m. Stammbaum hat
zu verkaufen
Ernst Bohl jun.
Wiltberg.



Vertretung: Josef Lernhardt,
Stuttgart, Tübingerstrasse Nummer 88
Fernsprech-Nummer 9026.



Defekte an
Elektromotoren

aller Art behebt sorgfältig in kürzester Zeit

Apparat, G. m. b. H., Esslingen a. N.

Karlsruhestrasse 4 - Telefon 89 und 92.

Erstklassige Einrichtung, Grosses Lager in
Dynamodraht und Isoliermaterial.

Grundbuchamt Calw. Grundstücks-Versteigerung.

In der Nachlasssache der + Peter Köhler, Metzgermeisters-Eheleute, hier, kommt das vorhandene Grundstück: P.-Nr. 738 38 a 54 qm Wiese an der Stammheimersteig am Montag, den 5. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr,

auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung.

Den 26. Februar 1923.

Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Achtung Landwirte

Neu eingetroffen sind:

Futterschneidmaschinen,

Schrotmühlen, Backmehlmühlen,

Kreisfägen, Saugpumpen, Zentri-

fugen, Pflüge, Acker- u. Wiejeneggen,

Rübenschnitzler und Brokter,

Futterschneidmaschinenmesser

sowie

Deler, Treibriemenwachs, Heil- u.

Suffsaße, Restitutions-Fluid

im Auftrag zu verkaufen

Chr. Neyer, Calw

Schmiedmeister

Für unsere Frauen!

Wollstein-Schnittmuster

sowie auch solche aus anderen

Verlagen besorgt schnellstens

die Buchhandlung

Friedr. Häußler,

Calw an der Brücke.

Moden-Albums und Schnittmuster-

Kataloge liegen auf.

Bezugspreis-Erhöhung.

Der Bezugspreis des

„Calwer Tagblatt“

beträgt für Monat März

durch unsere Mark 2100.-

Austräger

auf unserer Mark 2400.-

Geschäftsst.

Verlag d. „Calwer Tagblatt“

Pferchverkauf

vom Bezirk II am Donnerstag, den 1. März 1923, vor-
mittags 9 Uhr. Stadtpflege Calw.

NDL
NORDDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und
Frachtkahrt mit eigenen Dampfern
Von BREMEN nach
NORD-
AMERIKA
u. SÜD-
AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen
für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung,
geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschafts-
räume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucksachen und Platzbelegung durch:
in Calw: Ernst Schall, am Markt.
in Stuttgart: Passage-Bureau Rominger G. m. b. H., Generalvertretung
des Norddeutschen Lloyd, Königstraße 15.

Weizenbrotmehl,

erstklassige Fabrikate, liefert sachweise zu
sehr günstigen Preisen

Adolf Luz.

Pfannkuch & Co

Büchlinge,
frische

Seefische,

Rabeljan

ohne Kopf empfohlen

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekanntesten
Verkaufsstellen

Rauch-
häfen.

Vormais-
bottiche,

Leimöfen,
fertigen als
Spezialität

Gebr.
Douglas, Dachsenprom.

Kapitals- Anlage.

Suche zu diesem Zweck
größeres Objekt wie Ge-
schäfts-Rentenhaus, landw.
Anwesen usw. zu kaufen.

Beteiligung

mit größerer Summe auch
an einem guten Unter-
nehmen. Offerten unter
N. W. 371 befordert die
Annoncen-Expedition
Rudolf Mosse, Stuttgart

Unsere Filiale

in Calw, Biergasse

Gasthaus z. Jungfer

kauft dauernd

Weizen, Kupfer, Messing

Zinn, Zink, Blei, Papier,

Lumpen, Wein- u. Sekt-
Flaschen

zu den höchsten

Tagespreisen.

Schwarzwälder Koh-
produkten-Verwertung

Unterriedenbach.
O.-N. Calw. Fernspr. 17.

Ordentlicher Pferdehändler

kann eintreten bei
Gottlob Weiß,
Bierdepot.

Für aufgeweckten Jungen wird zu Offern Lehrstelle als Schlosser

(Mech.) gesucht. Da Waife
ist volle Verpflegung Be-
dingung.
Angebote unter N. R. 48
an die Gesch. ds. Bl.

Altburg.
Eine 34 Wochen trüchtige

Ruh

seht dem Verkauf aus
Joh. Hennefarth.

Würzburg.
Verkaufe eine neuemeltige
Allgäuer

R u h.

Joh. Rober.